

öffentliche Beschlussvorlage

Organisationseinheit Fachbereich Stadtplanung	Datum 26.11.2008	Drucksachen-Nr. 432/2008
↓ Beratungsfolge Planungsausschuss	↓ Sitzungstermin 11.12.2008	

Tagesordnungspunkt:

Eingabe der GNU " **Kostenloses Busfahren in der Stadt Gütersloh** "
hier: Sachstandsbericht und Darstellung der weiteren Vorgehensweise

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur weiteren Untersuchung des kostenlosen Busfahrens wird zugestimmt.

Personelle Auswirkungen	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja
Art		Im Zeitraum/ab Zeitpunkt		Anzahl der Stellen und Bewertungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/>	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja
Art		Im Zeitraum/ab Zeitpunkt	Haushaltsbelastung Euro	Veranschlagt unter Produkt-Nr. u. -bezeichnung
Beschlusskontrolle	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja
Falls ja:				
Verantwortlicher Fachbereich:		Umsetzung bis zum:		

Erläuterungen:

1. Basierend auf der Beschlusslage vom 10.04.2008 hat die Verwaltung unter Beteiligung des Verkehrsverbundes VVOWL – vertretend auch für den Aufgabenträger Kreis Gütersloh -, der OWL Verkehr (Verbund der Verkehrsunternehmen), der die Stadt Gütersloh anfahrenen Regionalunternehmen (BVO, TWE Busverkehr und Wittler & Voßhans) und Vertretern der SWG in Gesprächsrunden das Thema des kostenlosen Busfahrens diskutiert. Bereits in dieser Runde hat sich gezeigt, wie komplex sich dieses Thema für alle Beteiligten darstellt.

Ein Ergebnis der ersten Diskussionsrunden war, dass die Kosten für die Einführung eines solchen Projektes sehr schwer zu kalkulieren sind. Auch die Regionallinien, die das Stadtgebiet von Gütersloh anfahren bzw. durchfahren, sind in den Kostenausgleich einzubeziehen. Dabei sei auch noch klären, ob wegen der stadtübergreifenden Linienvverläufe nur Gütersloher Einwohner den Vorteil des sogenannten Nulltarifs nutzen könnten.

Nicht abzuschätzen sei nach Auffassung der Anwesenden, wie viel zusätzliche Busse und dementsprechend Personal vorzuhalten seien, was auch einen schwierig zu kalkulierbaren Faktor darstelle. Gerade vor dem Hintergrund des neuen ÖPNV Gesetzes und der entfallenden Fahrzeugförderung wird dies sehr kritisch gesehen.

Nach Auffassung aller Beteiligten müsste ein höheres Fahrgastpotential von deutlich mehr als

20 % - 25 % Ziel sein, da Kosten und Nutzen zueinander in Relation stehen sollten. Weitere wichtige Punkte seien gezieltes Marketing und eine Angebotsverbesserung durch attraktivere Taktzeiten und Rendez-Vous-Verkehre. Wichtig sei auch zu ermitteln, welche Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl zu erwarten wären, um die positiven Aspekte abzuwägen und um ermitteln zu können, ob nicht ein anderer konzeptioneller Ansatz der richtige Weg ist.

Nach Auffassung der beteiligten Verkehrsunternehmen sowie auch der Vertreter des VVOWL und der OWL Verkehr sollte statt des kostenlosen Busfahrens und die dadurch entstehenden Mehrkosten eher über eine Angebotsverbesserung und Erweiterung des Liniennetzes nachgedacht werden.

Da man sich aber hinsichtlich dieses anderen Ansatzes nicht vollständig sicher war, hat man sich über den Stadtverkehr Detmold (SVD) informieren zu lassen, da diese den ÖPNV erfolgreich in Detmold, die auch Partnerstadt von Hasselt ist, betreibt.

In der Präsentation der SVD wurde deutlich, dass die Stadt Detmold als Partnerstadt von Hasselt, auch nach eingehender Information vor Ort, von der Einführung des kostenlosen Busfahrens Abstand genommen hat. Gründe hierfür waren die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen und die nur einmalig zu erwartende Förderung in bestimmter Höhe.

Ergebnis des bisherigen Erfahrungsaustausches mit den Verkehrsunternehmen und den anderen Beteiligten ist, dass der Stadt Gütersloh Kosten in Millionenhöhe bei einem kostenlosen Busverkehr in Gütersloh entstehen würden. Diese setzen sich aus den jeweiligen Einnahmeverlusten, Abgabe an die Regionalunternehmen, die das Stadtgebiet Gütersloh durchfahren und dem Vorhalten zusätzlicher Betriebsleistungen etc. zusammen.

2. Wie in der Vorlage zur Sitzung am 10.04.2008 dargestellt, ist eine kurzfristige Beantwortung bzw. Einführung des kostenlosen Busfahrens wegen der Komplexität und des notwendigen Abstimmungsbedarfes nicht möglich. Eine „Insellösung“ ohne Einbeziehung aller betroffenen Busunternehmen und Betreiber der Regionalbuslinien ist auch nicht sinnvoll und eine Bearbeitung nur langfristig möglich.

Zudem ist die Finanzierung des ÖPNV in der als Beispiel genannten belgischen Stadt Hasselt anders geregelt als in Deutschland bzw. NRW. So bezahlt die Stadt Hasselt an das Busunternehmen ca.1 Million € pro Jahr. Der Rest wird von der flämischen Provinz Limburg gemeinsam mit den anderen belgischen Provinzen finanziert.

Als Hauptstadt der belgischen Provinz Limburg, einige Kilometer hinter der deutsch-belgischen Grenze gelegen, ist Hasselt mit seinen rund 70.000 Einwohnern als sechstgrößte Handelsstadt Belgiens und als Universitätsstadt mit rund 40.000 Studenten von der Struktur her nicht mit Gütersloh direkt vergleichbar.

Die Partnerstadt Châteauroux in Frankreich kann ebenfalls nicht als eindeutige Orientierungshilfe dienen, da hier die Steuergesetzgebung grundsätzlich anders geregelt ist.

3. **Ausblick und weitere Vorgehensweise**

Die bisherigen Betrachtungen dieses komplexen Themas zeigen, dass eine fachliche Bewertungssicherheit notwendig ist, um auch den Anforderungen an einen zukunftsfähigen ÖPNV gerecht zu werden. Auch in Hasselt bedurfte es bis zur Umsetzung eines mehrjährigen Zeitraumes.

Bei einer Umsetzung eines Nulltarifs entsprechend dem Antrag der GNU sind möglicherweise Änderungen des Modal Splits bzw. Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu erwarten, was aus ökologischer Sicht zu begrüßen ist.

Wie die Erörterungen in dem Arbeitskreis gezeigt haben, wird hier seitens der Unternehmen und der Interessenverbände eher der Ansatz der Ausweitung des Liniennetzes und der Taktverdichtung favorisiert, um ein höheres Fahrgastpotential und eine spürbare Verbesserung der Erschließungsqualität aller städtischen Bereiche zu erzielen. Auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Stadt Detmold und der noch genauer zu spezifizierenden Kosten, sollten sowohl die Wirkungen eines möglichen Nulltarifs als auch der Ansatz des Arbeitskreises (Ausweitung Liniennetz, Taktverdichtung) weiter verfolgt werden.

Nach Auffassung der Verwaltung sollten die zu erwartenden Effekte und die insgesamt komplexe Thematik der unterschiedlichen Ansätze durch ein Fachbüro untersucht und die Ergebnisse aufbereitet werden. Dies erscheint auf Grund der speziellen Thematik und der notwendigen Sicherheit, gerade auch vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen und der Planungssicherheit für die Busunternehmen sachgerecht. Gleichzeitig wird hierdurch auch dem Antrag der GNU entsprochen, die auch die Einschaltung eines Fachbüros gefordert hatten. Es wird vorgeschlagen, eine Wirkungsanalyse erstellen zu lassen, die mögliche Verbesserungen für den ÖPNV herausarbeiten soll. Entsprechende Mittel in Höhe von 35.000 € sind im Haushaltsentwurf 2009 berücksichtigt.

Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, sich unter Beteiligung der GNU, der Fachausschüsse und der Verwaltung auch aus erster Hand Expertenrat im Frühjahr 2009 in Hasselt einzuholen.

In Vertretung

Josef E. Lühr

Anlagenliste:
(keine)